

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Röllitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendsdorf, Ortmannsdorf, Rülßen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Riedermüllers, Rühlhappel und Rirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 143

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

60. Jahrgang.  
Freitag, den 24. Juni

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1910

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 60 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg. Anzeigen nehmen außer der Expedition in Röllitz, Rühlhappel, Bernsdorf, Ortmannsdorf, Marienau, Rendsdorf, Rülßen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Riedermüllers, Rühlhappel und Rirschheim, sowie die Anzeigen entgegen. Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeit mit 10 Pfg. für auswärtsige Inserate mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 50 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 50 Pfg. Sonntagsausgabe täglich bis spätestens vorabends 10 Uhr. Sonntagsausgabe 50 Pfg. Telegramm-Adresse: Lichtenstein.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß der Berginhaber **Georg Späth** in Rülßen St. Nicola und seine Ehefrau **Thekla Ernestine Späth** geb. Vogel daselbst Gütertrennung vereinbart haben.  
Lichtenstein, am 22. Juni 1910.

Königliches Amtsgericht.

## Bekanntmachung.

Von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen ist das Unternehmer-Verzeichnis nebst Heberolle für das Jahr 1909 eingegangen und liegt daselbst von heute ab **14 Tage lang** im Kassenzimmer des hiesigen Gemeindeamtes zur Einsichtnahme für Interessenten aus.

Gleichzeitig werden die Herren Betriebsunternehmer aufgefordert, die zu leistenden Beiträge nach 5,90 Pfg. auf je eine beitragspflichtige Steuerinheit bis spätestens den **2. Juli d. J.** an die hiesige Gemeindekasse abzuführen.

Einsprüche der Unternehmer gegen die Angaben in der Heberolle sind binnen **4 Wochen** vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet schriftlich und unter Angabe der Gründe und mit Bestätigung der Gemeindebehörde direkt beim Genossenschaftsvorstand anzubringen.

Der ausgemerkte Beitrag jedoch ist trotzdem vom Unternehmer ungeachtet des Einspruchs in voller Summe zu zahlen.

Hohndorf, den 21. Juni 1910.

Der Gemeindevorstand.

Schaufuß.

## Das Wichtigste.

- Der Kaiser ist gestern morgen von Wilhelm nach Hamburg-Altona abgereist und dort mittags um 12 Uhr angekommen. Nachmittags erfolgte die Abreise nach Kiel, wo der Kaiser heute vormittag eintrifft.
- Staatssekretär Delbrück und Handelsminister Sadow sind zum Besuche der Ausstellung in Brüssel eingetroffen. Der König gab ihnen zu Ehren gestern ein Diner.
- Das Luftschiff „Z. 7“ ist gestern früh in Friedrichshafen ausgefahren und nach neunstündiger flatter Fahrt mittags in Püschdorf glücklich gelandet.
- Die Erhebung Montenegro zum Königreich wird für den 13. August erwartet.
- Die chinesische Militär-Studienkommission unter Führung des Prinzen Taicao ist gestern in Wien eingetroffen.
- Der Palettschiffdampfer „Brins Oscar“ ist an der kanadischen Küste bei Belle Isle gestrandet. Von Quebec ist Hilfe abgegangen. Gefahr besteht nicht.

## Kreta

In der Haltung der vier Schuttmächte zur Areta-Politik hat sich in den letzten Tagen insofern ein Frontwechsel vollzogen, als man auf Vorschlag des englischen Kabinetts die abermalige Beizung der Insel beschloß und zu diesem Zwecke in ein englisches, französisches, russisches und italienisches Kriegsschiff in die kretischen Gewässer zur Beobachtung der dortigen Vorgänge abgegangen ist. Die Politik der Schuttmächte ist damit wieder auf dem Punkte angelangt, den man im vorigen Jahre durch Abberufung der internationalen Beizungstruppen glaubte aufgeben zu müssen. Daß mit dieser erneuten Polizeimaßregel die Schwierigkeiten des Aretaproblems selbst nicht beseitigt werden können, dürfte wohl bereits aus den Erfahrungen der früheren Jahre erwiesen sein. Aber das englische Rezept bestand ja seit jeher in einer möglichst disziplinierten Behandlung der ganzen Araos, und man wird es daher behaupten müssen, daß der französische Vorschlag für eine schnellere Lösung des alten Streitfalles bei den übrigen Schuttmächten scheinbar nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. So aber kommt die alte Wunde am jugtälischen Körper nicht zur Heilung, wodurch die Ruhe im nahen Orient weiter gefährdet erscheint. Obgleich Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach wie vor bestrebt sind, ihre Rolle als unbeteiligte Zuschauer in lokaler Weise weiter zu spielen, hat es doch nicht an einigen ausländischen Stimmen gefehlt, die diesen Mächten glaubten Vorhaltungen machen zu müssen. Insbesondere wurde im englischen Parlament der deutsch-österreichischen Freizügigkeit ein Tadelvotum wegen angeblicher Freizügigkeit der öffentlichen Meinung erteilt. Gegenüber dieser Verdächtigung genügt wohl die Bestätigung der Tatsache, daß auch die übrige europäische Presse der englischen Politik nicht überall Beifall gezollt hat, als der christlich gemeinte Vorschlag des Pariser Kabinetts auf beschleunigte Lösung der Areta-Krise von Sir Edward Grey in abnehmendem Sinne beantwortet wurde. Ein Dutzend hat das englische Vorgehen allerdings für sich anzuführen: es dürfte die kriegerische Stimmung in

Griechenland merklich gedämpft und Unbedachtsamkeiten von dieser Seite verhindert haben.

Konstantinopel. Der türkische Minister des Auswärtigen, Nisat Pascha, gab in der Kammer eine Erklärung zur Aretafrage ab. Er führte aus: Die Schuttmächte sind zweifellos darin einig, die Hoheitsrechte der Türkei und die Rechte der Mohammedaner auf Areta zu schützen. Diesbezügliche Weisungen gingen bereits den Vertretern der Schuttmächte in Areta zu. Die Schuttmächte werden eventuell durch strengere Maßregeln die Areta zum Gehorsam zwingen. Die Mächte sind mit uns nur nicht in der Frage der definitiven Regelung einig, und zwar aus politischen und friedensgründen. Wir müssen energisch, aber auch geduldig sein. Niemand wird diese Geduld als Schwäche bezeichnen dürfen. Ich will von dieser Stelle aus energisch Verwahrungen entgegenbringen, wonach England seine Politik in der Aretafrage geändert habe. England hat uns in den letzten Jahren seine Freundschaft bewiesen, und ist uns auch jetzt ebenso wie andere Mächte freundschaftlich gesinnt. Darum müssen wir eine angemessene Sprache England gegenüber gebrauchen.

Auf Anfrage eines Abgeordneten betreffs eines Schiedsgerichts sagte Nisat: Die türkischen Rechte auf Areta sind derart sicher begründet, daß man gar nicht den Gedanken an ein Schiedsgericht in Erwägung gezogen habe.

Dazu liegen noch folgende Telegramme vor:  
Paris, „Matin“ meldet aus London: Wie aus amtlicher Quelle gemeldet wird, ist der Vorkriegs-Exzess Edward Greys bezüglich der Entsendung weiterer Kriegsschiffe nach Areta, von den Areta-Schuttmächten angenommen worden. Die Kabinette in Paris, Rom und Petersburg äußerten sich zum Inhalt dahin, daß die Kriegsschiffe von der Beizung abgesehen werden sollen, so daß sie in einigen Tagen gemeinsam in dem Konzentrationshafen einlaufen und in den kretischen Gewässern kurz vor dem Zusammentritt der kretischen Nationalversammlung, die Ende dieses Monats erfolgt, vor Anker gehen können.

Konstantinopel. Der türkische Gesandte in Athen Rabi Bey, telegraphierte: Die Aretenise hätten die Vorschläge der Schuttmächte angenommen und brachten sie zur Ausführung.

## Deutsches Reich

Berlin. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg amtsmüde? Von „besonderer Seite“ wird dem Hamburger „Fremdenblatt“ aus Berlin gemeldet, daß die Stellung Bethmann-Hollwegs unhaltbar ist und daß vielleicht schneller auf einen Kanzlerwechsel zu rechnen sein wird, als man vielfach annimmt. Das Blatt erzählt weiter, daß durch die politischen Aufregungen der Gesundheitszustand des Kanzlers gelitten habe. „Man spricht von einem nervösen Magenübel, das dem Kanzler sehr zu schaffen mache.“

(Für die Kriegsveteranen) wird endlich etwas unternommen. Der Reichstag hat am 1. Dezember d. J. eine Forderung der Kriegsveteranen von 1848, 1864, 1866 und 1870/71 vorzunehmen, um die Höhe der Veteranenbeihilfe genau bestimmen zu können. Offenbar ist man dann auch so weit,

daß man für die Beihilfen das nötige Geld beschafft hat.

(Evangelische Protestionds.) In zwei in Bremen abgehaltenen gegen die Vorkonsums-Enzyklika gerichteten Vollversammlungen wurde die Gründung eines Protestionds zur Förderung evangelischer Anstalten in katholischen Ländern beschlossen.

(Eine andere Lesart über die Vorkonsums-Enzyklika.) Das „B. T.“, das sich stets etwas zugute tut auf seine Informationen aus dem Vatikan, aber meist zuviel hört und erzählt, jedoch die meisten seiner Mitteilungen zwar sehr hübsch zu lesen sind, aber wenig wirklichen Wert haben, läßt sich neuerdings melden: Der Rückzug der Kurie erfolgte, nachdem vom deutschen Zentrum wie von der Prälaten die stärksten Proteste gegen das Verhalten der Kurie eingeleitet waren. Der Gewährung des Blattes, der die Briefe teilweise las, sagte, diese Proteste streiften von Ausdrücken unverschämter Entrüstung. Ein deutscher Bischof schrieb wörtlich: Herrn del Bal ruinierte die Kirche, Kardinal Gaspari, nächst Rampolla, der beste Diplomat der Kurie, war so erregt, daß er Herrn del Bal ins Gesicht sagte: „Sie sind das Verhängnis des heiligen Stuhles!“ Nachdem als Verfasser der Enzyklika zuerst der Spanier Vives y Lugo bezeichnet, dann dies vom Vatikan mit großem Eifer dementiert worden war, steht heute wohl fest, daß der Verfasser tatsächlich der genannte Kardinal ist. Herrn del Bal's Stellung ist indes nicht im geringsten erschüttert.

(Die „Nordb. Allg. Ztg.“) erklärt mit Bezug auf die Zweifel, die gegenüber ihren Mitteilungen über die Erledigung des Enzyklika-Streitfalles in einem Teile der Presse geäußert worden sind, von diesen Mitteilungen habe sie kein Jota zurückzunehmen. Es sei festzuhalten, daß der päpstliche Stuhl den von der vorkonsumistischen Regierung gestellten Forderungen entsprochen habe. Das in der Note des Staatssekretärs gebrauchte Wort „dispiacere“ sei zutreffend mit Bedauern übersetzt worden. Ob die päpstlichen Anordnungen an die Bischöfe, daß die lichenamtliche Veröffentlichung der Enzyklika in den deutschen Diözesen zu unterbleiben habe, schon vor der Erhebung der vorkonsumistischen Forderungen seien oder nicht, sei für die Bedeutung dieses Schrittes unerheblich. Daß der Abschluß des Konkordates das vorkonsumistische Empfinden befriedigen dürfte, sei nach der Berücksichtigung durch die „Nordb. Allg. Ztg.“ vielfach zum Ausdruck gekommen. In einer Aenderungs dieser Auffassung liege nicht der mindeste Grund vor.

(Zum Reichsversicherungsamt.) Die Kommission für die Reichsversicherungsordnung lehnte vorgestern nach erregter Debatte die Zulässigkeit von eigenen Betriebskrankentafeln (Paragraf 257) ab, da ein Zentralsamt angenommen worden war, daß bei landlichen Arbeitgebern schon die Zahl von 20 zur Gründung einer eigenen Betriebskrankentafel genüge. Ministerialdirektor Kasper erklärte, daß ohne die Betriebskrankentafeln die verbündeten Regierungen kein Interesse mehr an der Vorlage hätten. Es soll jetzt versucht werden, in der zweiten Lesung die Möglichkeit zu schaffen, die Betriebskrankentafeln doch noch hineinzubringen.